

# Europa lässt sterben

Nur wenige Tage, nachdem die große Boots-katastrophe vor Lampedusa vom 3. Oktober 2013 durch die Medien ging, starben am 11. Oktober erneut Hunderte Bootsflüchtlinge nur 130 Kilometer vor der Küste Lampedusas. Sie alle hätten gerettet werden können, wenn die italienischen Behörden umgehend auf die Notrufe der Flüchtlinge reagiert und Hilfe geschickt hätten. Doch diese fühlten sich nicht zuständig. Statt umgehend Hilfe zu organisieren, schickten die italienischen Behörden den Notruf der Flüchtlinge einfach weiter – nach Malta.



© picture alliance / AP Photo

## Karl Kopp

Das Flüchtlingsboot habe sich in der maltesischen Seenotrettungszone befunden, rechtfertigte sich später der Leiter der Küstenwache Italiens, Felicio Angrisano. Erst als Malta Stunden später wiederum Italien um Unterstützung bat, schickten die italienischen Behörden ein Rettungsschiff – zu spät. Mehr als 260 Flüchtlinge aus Syrien ertranken, darunter mehr als 100 Kinder.

Die am Vormittag per Satellitentelefon abgesetzten Notrufe waren von den italienischen Behörden zunächst ignoriert worden. Die skandalösen Umstände des tödlichen Dramas brachten die hartnäckigen Recherchen des italienischen Journalisten Fabrizio Gatti und des Monitoring-Projekts WatchTheMed ans Licht. Eine Überprüfung der Notwarnsysteme

durch WatchTheMed ergab, dass die sich in der Umgebung befindlichen Schiffe informiert wurden, der Rettungseinsatz durch das nur wenige Seemeilen entfernte italienische Marineschiff Libra aber erst um 17:14 Uhr angeordnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war das Flüchtlingsboot schon gesunken. Viereinhalb Stunden nach dem von Rom bestätigten eingegangenen Notruf der Bootsflüchtlinge um 12:26 Uhr wurde nichts unternommen, bestenfalls Zuständigkeitsfragen für die Seenotrettung erörtert. Weniger als die Hälfte der Bootsflüchtlinge wurde aus dem Meer gerettet.

## ZUM WIEDERHOLTEN MAL TOTE DURCH VERWEIGERTE RETTUNG

»Left to die«, das Sterbenlassen auf See, gehört offensichtlich nach wie vor zur EU-Abschreckungspolitik gegenüber

Flüchtlingen. Im Jahr 2012 hatte Tineke Strik, niederländische Abgeordnete der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg, einen Untersuchungsbericht vorgelegt, der das kollektive Versagen der für die Seenotrettung auf dem Mittelmeer Verantwortlichen dokumentierte. Viele Fehler von damals seien wiederholt worden, kritisierte Strik nach Bekanntwerden der Recherchen Gattis. Dem neuen Datenbank-Projekt »The Migrants' Files« europäischer Journalistinnen und Journalisten zufolge sind seit dem Jahr 2000 mehr als 20.000 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben, die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

## MARE NOSTRUM

Die Ankündigungen Italiens und der EU nach der Katastrophe vor Lampedusa

»Der Notstand von Lampedusa ist ein europäischer; Europa kann sich nicht abwenden.«<sup>1</sup>

»Europa kann nicht akzeptieren, dass viele tausend Menschen an seinen Grenzen umkommen.«<sup>1</sup>

»So eine Katastrophe« wie die von Lampedusa dürfe es »nicht wieder geben.«<sup>1</sup>

»Ich werde den Anblick dieser Särgen niemals vergessen.«<sup>2</sup>

**José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission**

»Es ist eine Schande, dass die EU Italien mit dem Flüchtlingsstrom aus Afrika so lange alleingelassen hat.«<sup>3</sup>

Die Flüchtlinge müssten in Zukunft gerechter auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. »Das heißt auch, dass Deutschland zusätzliche Menschen aufnehmen muss.«<sup>3</sup>

»Lampedusa wurde zum Gleichnis für eine europäische Flüchtlingspolitik.«  
»Lampedusa muss ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein.«<sup>4</sup>

**Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes**

sa, die Seeüberwachung auszuweiten, haben den Toten vom 11. Oktober nichts genutzt. Auch die umstrittene Operation »Mare Nostrum« kam für diese Opfer unterlassener Hilfe zu spät. Die Operation »Mare Nostrum«, in deren Rahmen die italienische Marine – das Militär also – Ausschau nach Flüchtlingsbooten hält, bevor diese kentern, hat nach Auffassung des italienischen Flüchtlingsrates Erfolg gehabt. Mehr als 12.000 Flüchtlinge konnten von November 2013 bis Mitte März 2014 im Kanal von Sizilien gerettet werden. Dies sei ein klarer Beweis dafür, dass durch eine koordinierte und groß angelegte Operation Hunderte von Menschenleben gerettet werden.

Der italienische Innenminister Angelino Alfano machte aber bereits zu Beginn der Militäroperation Ende Oktober 2013 deutlich, dass man mit dem massiven

Einsatz der Kriegsmarine die Menschen-smuggler abschrecken wolle, außerdem müssten die geretteten Flüchtlinge keineswegs notwendigerweise nach Italien gebracht werden.

Bis heute ist unbekannt, wie viele Flüchtlingsboote abgedrängt und wieder zurück nach Libyen getrieben wurden. Italien und Europa wollen weiterhin Libyen in die Fluchtverhinderung einbinden. Etwa 17 Millionen Euro hat Italien 2013 allein für die Kooperation mit der libyschen Armee bei der Seeüberwachung ausgegeben.

Die Tatsache, dass der libysche Staat in weiten Teilen des Landes von bewaffneten Milizen beherrscht wird, verhindert die avisierte reibungslose Kooperation bei der Flüchtlingsabwehr.

## RECYCLING FLÜCHTLINGSFEINDLICHER MASSNAHMEN

Statt einer Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik setzt Europa auf die verstärkte Kooperation mit Transit- und Herkunftsstaaten, auf den Ausbau der europäischen Grenzagentur Frontex, die schnelle Umsetzung des Grenzüberwachungssystems European border surveillance system (Eurosur) und die verstärkte Bekämpfung von so genanntem Menschen-smuggel. Eine Bereitschaft, Flüchtlinge aktiv aus dem nordafrikanischen Transit aufzunehmen, um den Flüchtlingen aus Syrien, Eritrea, Somalia und anderswo den gefährlichen Weg übers Mittelmeer zu ersparen, ist nicht in Sicht. Und hinsichtlich der Frage nach einer anderen, solidarischen Aufnahme-politik innerhalb der EU lautet die Antwort ebenfalls: Fehlanzeige.

**Am 11. Oktober 2013 rief der syrische Arzt Mohammad Jammo mit einem Satellitentelefon die italienische Seenotrettungszentrale an und bat dringend um Hilfe.**

**»Ich sagte, wir sterben, wir haben mehr als 100 Kinder an Bord. Und die Frau in der Zentrale sagte mir: Gib mir deine Koordinaten, und ich gab sie ihr, unsere Smartphones haben ja alle inzwischen ein GPS. Aber anstatt mir zu sagen, dass sie kommen würden, sagte sie zu mir, das ist nicht unser Job.«**

**Unter den vielen Toten sind auch Dr. Jammos Söhne, einer sechs Jahre, der andere neun Monate alt. Man hat nicht mal ihre Leichen gefunden.** (Quelle: Eurosur. Fluch oder Segen? Radio Deutschlandfunk)

Die EU-Kommission hat Anfang Dezember 2013 in ihrem Maßnahmenpaket zu »Lampedusa und die Folgen« alle flüchtlingsfeindlichen Vorschläge der letzten Dekade recycelt und mit mehr Finanzmitteln ausgestattet. Zynischerweise verkauft sie dieses schäbige Kompendium als Beitrag, um den »Verlust von Leben im Mittelmeer« zu verhindern. Die Strategie der EU zielt jedoch darauf, sich freizukaufen von der Verantwortung, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Transitstaaten sollen noch stärker als Türsteher in die Pflicht genommen werden und Schutzsuchende vom Territorium der Europäischen Union fernhalten. Der Applaus der Festungsbauer aus dem Kreis der EU-Innenminister war Brüssel gewiss. Das humanitäre Beiwerk wie der Appell, mehr Resettlementplätze zu schaffen, über humanitäre Visa nachzudenken, die Seenotrettung nicht zu kriminalisieren, hat der EU-Rat Justiz und Inneres billigend in Kauf genommen. Denn die Hardliner in Europa wissen, dass die Richtung stimmt: die Externalisierung der Flüchtlingsabwehr. Die Orte der Menschenrechtsverletzungen sollen aus dem europäischen Blickfeld verschwinden und in die Maghrebstaaten und die Türkei rücken. Bezeichnenderweise wurde unter großem Jubel in Europa am 16. Dezember 2013 das Abschiebeabkommen zwischen der EU und der Türkei unterzeichnet. ♦

- 1 Frankfurter Allgemeine Zeitung Onlineausgabe vom 9.10.2013; <http://is.gd/BPlxLL>
- 2 Handelsblatt Onlineausgabe vom 9.10.2013; <http://is.gd/LzV40V>
- 3 Süddeutsche Zeitung Onlineausgabe vom 7.10.2013; <http://is.gd/hJOIF6>
- 4 Rede zu Beginn des Europäischen Rates in Brüssel. Pressemitteilung des Europäischen Parlamentes vom 25.10.2013; <http://is.gd/hEfpD9>